Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 77 (1983)

Heft: 11

Artikel: Chile oder das Ausmass kapitalistischer Zerstörung : ein Reisebericht als Brief an den Verfasser der "Zeichen der Zeit" im Septemberheft 1983

Autor: Flohr, Florian

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143085

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Florian Flohr

Chile oder das Ausmass kapitalistischer Zerstörung

Ein Reisebericht als Brief an den Verfasser der «Zeichen der Zeit» im Septemberheft 1983

Der Verfasser des nachstehenden Briefes hat Chile in der Zeit um den 10. Jahrestag des Obristenputsches besucht. Die Reise gab ihm Gelegenheit, den im letzten Septemberheft erschienenen Beitrag «Chile am 11. September» («Zeichen der Zeit») mit der chilenischen Wirklichkeit, wie sie sich heute darstellt, zu vergleichen. Mein Beitrag war wohl zu optimistisch, was den erhofften Sturz des Pinochet-Regimes betrifft, und zu pessimistisch, was die demokratische und soziale Lernfähigkeit der katholischen Kirche — wenigstens in Chile — angeht. Im übrigen dient dieser Brief in einzigartiger und durchaus nachahmenswerter Weise der Ergänzung und Vertiefung der im vorletzten Heft erfolgten Annäherung an die chilenische Tragödie. Die «Zeichen der Zeit» zu deuten, kann niemals nur die Aufgabe eines einzelnen sein. W. Sp.

Lieber Willy

Vielen Dank für Deinen Chile-Artikel im Septemberheft 1983 der «Neuen Wege». Wie Du an das tragische Datum des 11. September erinnert hast, fand ich sehr beeindruckend und anregend.

Ich möchte Dir auf diesen Artikel eine Art «Replik» schreiben, da ich selber zum 10. Jahrestag des Putsches in Chile war. Mein dreiwöchiger Aufenthalt dort hat mir Stimmungen, Erlebnisse und Begegnungen vermittelt, die Deine Aussagen zum Teil illustrieren können, zum Teil aber auch in Frage stellen. Natürlich kann ich nach einer so kurzen Zeit keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit oder absolute Stringenz meiner Überlegungen erheben; aber ich hoffe, dass aus dem folgenden Mosaik von erzählten Erfahrungen Perspektiven ersichtlich werden, die uns bei unserer gemeinsamen Suche nach effizienten Formen der Solidarität behilflich sein können; und das ist wichtiger als eine ideologie-trächtige Kontroverse um abstrakte politische «Wahrheiten».

Zuerst kommt das Fressen, dann die Demokratie

Deine erste These zu Chile lautet: «Kapitalismus und Demokratie sind letztlich unvereinbare Gegensätze.» Du zeigst am chilenischen Beispiel sehr anschaulich, wie ein Demokratieverständnis scheitern muss, das die Wirtschaft — als Domäne der Bereicherung und Ausbeutung, der Herrschaft und Unterdrückung — vom Prinzip der gemeinsamen Entscheidung aller Menschen über Formen und Ziele des Zusammenlebens ausschliesst.

Was aber die Menschen in den Poblaciones (Armenvierteln) Santiagos bewegt, gegen Pinochet und seine Diktatur zu demonstrieren, ist meines Erachtens nicht der Wunsch nach einer politischen Demokratie, sondern — der Hunger.

Arbeitslosigkeit und Hunger zerstören die Menschen

Sehen wir uns zum Beispiel die Poblacion «Amerigo Vespucci» im Norden Santiagos an. Hier sind 60-70 Prozent

der Bevölkerung arbeitslos. Wer auch im Mindestarbeitsprogramm der Regierung keine Anstellung findet, muss sich mit Betteln, Prostitution oder dem Strassenverkauf durchschlagen. Letzteres bedeutet, täglich zehn bis zwölf Stunden um einen Verdienst von vielleicht 30 oder 50 Pesos (35 Pesos = 1 Schweizerfranken) kämpfen; mit ein paar Täfelchen Schokolade, einigen billigen Küchenmessern, einem Bündel Blumen oder einem Stapel Zeitungen in einen Bus einsteigen, die Ware anpreisen, meist erfolglos; an der nächsten Haltestelle wieder raus, in den nächsten Bus — ach nein, da ist ja schon jemand andres drin zum Verkaufen... So kann man in Santiago kaum von einer Strassenecke zur nächsten fahren, ohne dass solche fliegenden Händler in den Bus steigen.

Andere versuchen ihr Glück in der Innenstadt: In der über einen Kilometer langen Fussgänger-Geschäftsstrasse «Paseo Ahumada» stehen sie auf beiden Seiten dicht gedrängt. Das Konzert ihrer Stimmen klingt wie das Lärmen einer grossen Manifestation. Ihr kleines Warensortiment haben sie auf einem Bogen Packpapier ausgebreitet; man muss jederzeit schnell verschwinden können, wenn die Carabineros (Polizei) kommen. Denn wer ohne den — für die Pobladores unerreichbaren — Gewerbeschein angetroffen wird, landet für vierzehn Tage im Gefängnis.

Ein junger Vater kann dann am Abend vielleicht ein Kilo Brot (45 Pesos) für seine Familie kaufen und auch etwas Tee, der zum chilenischen Nachtmahl gehört. Dass er aber Zucker zum Süssen des Tees oder gar Milch — die für die Kinder so wichtig wäre — mitbringt, ist schon viel seltener. An manchen Tagen gibt es gar nichts. Eine verzweifelte Mutter sagt mir:

«Mein Mann und ich sind schon lange arbeitslos. Jetzt sind es schon wieder vier Tage, dass wir gar kein Geld mehr haben. Ich kann meinen drei Kindern nichts zu essen geben. Wenn ich eine Pistole hätte, würde ich Pinochet sofort umbringen. Ob ich mit meiner Familie langsam am Hunger krepiere oder von Carabineros erschossen werde, ist mir egal.»

Die tägliche Frustration im Überlebenskampf erzeugt Agressionen, die sich in verschiedener Form entladen. Die Leiterin eines Kindergartens berichtet:

«Vor dem Nationalfeiertag war es besonders schlimm. Die Leute möchten wenigstens an diesem Tag feiern können, sich und ihrer Familie etwas Gutes gönnen. Und wenn sie dann den ganzen Tag in der Innenstadt gewesen sind und nichts verkauft haben, todmüde und total frustriert nach Hause kommen, dann lassen sie ihre Enttäuschung an den Schwächsten aus; wir mussten in den Tagen vor dem 18. September einige Kinder mit schweren Misshandlungen in unsere Erste-Hilfe-Station aufnehmen. Andere Leute verkaufen ihre ganze Habe, Matratzen, Bettgestelle, Schuhe, an andere Pobladores, nur um sich an diesem Fest etwas leisten zu können. Ans Nachher denken sie nicht...»

Den Arbeitern und Arbeiterinnen in den Mindestarbeitsprogrammen geht es nicht wesentlich besser. Ihr «Lohn» von 2000 beziehungsweise 4000 Pesos (letzteres für Haushaltsvorstände) reicht allein kaum aus, um die Nahrung für eine durchschnittliche fünfköpfige Familie zu sichern. Für den Staat aber ist es ein lohnendes Geschäft, Menschen für 60 beziehungsweise 120 Franken im Monat arbeiten zu lassen. Strassen, Kanalisation und Parkanlagen können auf diese Weise billig erstellt werden.

«Chile wird ein Land voller Blumenbeete und voller Verhungernder sein», sagte mir einmal ein Gewerkschafter. Und eine Angestellte in diesem Programm beklagt sich:

«Früher war es wenigstens nicht so streng mit der Arbeitszeit; manchmal waren es nur drei Stunden am Tag. Jetzt gibt es Inspektoren, die überwachen, ob wir sieben Stunden am Tag arbeiten. Frei bekommen wir nur, wenn eine Demon-

stration für die Regierung stattfindet. Manche Leute haben da auch schon Schuhe geschenkt bekommen, weil man die Leute ja nicht gut ohne Schuhe für eine Junta marschieren lassen kann, die Wohlstand und Ordnung schafft. Wer nicht kommt, wird kurzerhand entlassen.»

Eine gefährliche Mischung aus Angst, Verzweiflung und Wut

Es grenzt an ein Wunder, dass aus dieser Situation heraus dennoch Menschen Widerstand leisten, ja dass sie sogar am entschiedensten dazu beitragen. Die «Demokratische Allianz», von der Du, lieber Willy, in Deinem Artikel sprichst, spielt zwar beim Protest auch eine Rolle; vor allem für den Mittelstand. Aber sie vertritt kaum die Interessen derjenigen, die die Massenbasis für die Protesttage bilden: die Pobladores. Alle unsere Gesprächspartner, die in den Poblaciones arbeiten, reden von einer tiefen Kluft zwischen Politikern und Pobladores; nach dem jetzt zehn Jahre andauernden Verbot politischer Parteien muss man sich über diese Entfremdung zwischen politischen Führern — die zudem meist im Exil waren — und Volksbasis nicht wundern.

Die Alianza Democratica fordert die Aufhebung des Ausnahmezustandes, Wiederherstellung politischer Rechte und ein Parteiengesetz. «Das interessiert *die Pobladores herzlich wenig»,* meint Roberto[1], technischer Leiter einer kirchlichen Solidaritätsorganisation. *«Sie wollen Arbeit und Brot, und dafür demonstrieren sie. Eine Regierung, die die Wirtschaft so schnell umstrukturieren kann, dass sie diesen Forderungen gerecht wird, ist nicht in Sicht. Die katastrophale Verschuldung zwingt uns in die totale Abhängigkeit von ausländischen Gläubigern; zugleich aber ist unsere heimische Industrie so kaputt, dass wir gar nicht wissen, womit Schulden zurückbezahlt werden sollen. Ausserdem hat die Regierung die Landwirtschaft — bis auf den Exportsektor — so verkommen lassen, dass wir uns in absehbarer Zeit selber nicht mehr mit den wichtigsten Gütern versorgen können. Weitere Konflikte, auch nach einer 'demokratischen Öffnung', sind also vorprogrammiert.»*

Lieber Willy, ich möchte aufgrund meiner Erlebnisse Deine These von der Unvereinbarkeit zwischen Kapitalismus und Demokratie in Bezug auf die chilenische Situation folgendermassen umformulieren beziehungsweise zuspitzen: Dass die Wirtschaft eines Landes so organisiert wird, dass die Grundbedürfnisse aller Bürgerinnen und Bürger befriedigt werden können, ist vorrangig vor einer formalen demokratischen Struktur. Demokratie muss also auf der gemeinsamen Entscheidung über Produktion und Verteilung der lebensnotwendigen Güter basieren.

Und insofern möchte ich Dir widersprechen, wenn Du meinst, dass «die Tage der Tyrannei... gezählt sind». Zwar kann es sein, dass Pinochet eines Tages gestürzt wird, zumal auch die US-Regierung seinen brutalen Stil in Wirtschaft und Politik nicht mehr für opportun hält; es scheint mir allerdings noch ein langer Weg zu sein, bis die Bewegung der Pobladores und Gewerkschafter Aktionsformen (z.B. Generalstreik) findet, um das Bündnis von Armee, Carabineros und Geheimpolizei zu sprengen, die Pinochet durch Verstrickung in seine Schuldgeschichte geeint hat. Aber es ist überhaupt keine politische Lösung in Sicht, die es erlauben würde, die Tyrannei der multinationalen Konzerne und Gläubigerbanken zu durchbrechen, die auch jede «demokratische» Regierung unterjochen würden.

So bleibt die Befürchtung, die viele chilenische Freunde mir gegenüber ausgesprochen haben, wohl noch lange Zeit gültig: dass die Mischung aus Verzweiflung über Hunger und Arbeitslosigkeit und Angst vor der brutalen Repression

1) Name geändert — F.F.

sich in den Poblaciones als so explosiv erweist, dass sie die Grenzen gewaltfreien politischen Handelns sprengt. Und das hätte nicht wie in Mittelamerika einen Bürgerkrieg zur Folge, sondern ein Blutbad unter den Pobladores, die keine Waffen haben. Die Angst davor, dass die vielen Menschen, die mich in den Poblaciones so gastfreundlich aufgenommen haben, bald einem solchen Blutbad zum Opfer fallen könnten, ist nach dieser Reise die stärkste Motivation für mein Chile-Engagement geworden. Nur wenn wir es schaffen, die Macht hiesiger Zentren von Profitinteressen zu schwächen, entsteht ein Freiraum für soziale Gerechtigkeit, den unsere Freunde in Chile nutzen können. Jede noch so kleine Aktion, die über Formen kapitalistischer Lebenszerstörung informiert und ein Projekt gesellschaftlich organisierten Teilens dagegenstellt, trägt dazu bei.

Die Kirche ist das Haus der Armen

Meine Schwierigkeiten mit Deiner dritten These, lieber Willy, dass die katholische Kirche (noch) keine zuverlässige Sachwalterin der Demokratie sei, rühren sicher nicht daher, dass ich Deine Analyse über das Verhalten der Hierarchie zur Zeit des Putsches nicht teilte. Ich habe dabei am deutlichsten gemerkt, dass Du im ganzen Artikel vor allem an einer — sehr notwendigen — Auffrischung der Ereignisse aus dieser Zeit interessiert bist.

Mir geht es im folgenden keineswegs um eine konfessionell oder sonstwie apologetisch bestimmte Rechtfertigung der katholischen Kirche. Nur meine ich, dass Teile der chilenischen Kirche einen Lernprozess durchgemacht haben, der nicht unerwähnt bleiben kann, ohne die kirchliche und politische Realität Chiles verzerrt darzustellen. Es könnte nämlich der Eindruck entstehen, als gäbe es in Chile keine Bündnispartner innerhalb der katholischen Kirche, die man in ihrer Arbeit unterstützen könnte. Dem möchte ich entgegenwirken.

Das Problem Fresno

In einem möchte ich Dir allerdings zunächst rechtgeben: Die *Hierarchie* der katholischen Kirche ist keine zuverlässige Sachwalterin der Rechte der Armen. Die zentrale Entscheidungsgewalt des Papstes verhindert es nämlich oft, dass der Lernprozess der Bischöfe mit dem leidenden und kämpfenden Volk weitergeht. Kardinal Silva Henriquez kritisierst Du zurecht wegen seiner Haltung zum Putsch; in den Jahren seit 1975 hat er sich aber so sehr zum Anwalt von Gerechtigkeit und Freiheit für das Volk entwickelt, dass er von Mitgliedern der Basisgemeinden und anderen engagierten Christen und Nichtchristen in seinem beeindruckenden Abschiedsgottesdienst anfangs Jahr mit dem Ruf gegrüsst wurde, der früher bestimmten Unidad-Popular-Politikern galt:

«Raul, amigo, el pueblo esta con tigo» — Raul, Freund, das Volk ist mit Dir.

Das Interesse des polnischen Papstes, in allen Ländern der Welt — ausser den kommunistisch regierten — «Frieden» zwischen Kirchenleitung und Regierung zu haben, damit sein Modell einer spiritualistischen und individualmoralistischen Kirche in Ruhe gelebt werden kann, hat dieser Rolle des Bischofs von Santiago durch die Ernennung von Mons. Fresno, zumindest vorläufig, ein Ende gemacht.

Bischof Fresno kommt aus dem Provinzstädtchen «La Serena» in die Vier-Millionen-Stadt Santiago. Ohne theologisches und politisches Instrumentarium zur Beurteilung der gegenwärtigen Situation des Landes ist er den Vereinnahmungsversuchen der regierungsfreundlichen Massenmedien voll ausgeliefert. Meldungen wie: «Fresno verurteilt politische Demonstration von Priestern» oder «Fresnos Bitte um R. Seguels Freilassung erfolgreich», rücken den Oberhirten Santiagos in die Nähe der Militärdiktatur. Fresno wird auch von Juntageneral Merino als «Mann Gottes» be-

zeichnet, was voraussetzt, dass Fresnos Gott sich an rücksichtslosen Polizeieinsätzen, an Folter und politischem Mord nicht stören darf.

Andererseits hat Fresno die «Vicaria de la Solidaridad» nicht angetastet und auch alle seine Stellvertreter in den verschiedenen Zonen, die klar erkennbar den Weg mit den Armen gehen, in ihrem Amt belassen. Es bleibt also noch Hoffnung auf einen Lernprozess.

Die Arbeit der «Vicaria de la Solidaridad»

Diese 1975 von Kardinal Silva Henriquez ins Leben gerufene Menschenrechtsorganisation der katholischen Kirche arbeitet meines Erachtens vorbildlich: ökumenisch und offen für Nichtchristen, an den realen Problemen der Menschen orientiert und — neben konkreter juristischer, medizinischer und materieller Hilfe — auf Bewusstseinsbildung ausgerichtet. Am 5. Protesttag und in der Zeit danach (8.-11. September) herrscht in der «Vicaria» Hochbetrieb. Vor den Büros der Rechtsanwälte und vor den Behandlungsräumen der Ärzte und Psychologen bilden sich lange Schlangen. Viele Verletzte mit notdürftigen Verbänden suchen hier Zuflucht, da sie mit der Auskunft über den Ursprung der Verletzung (Übergriffe der Polizei bei Demonstrationen) in einem normalen Spital die sofortige Verhaftung als Rädelsführer riskieren.

Zur Vorbereitung auf die Protesttage hat die «Vicaria» diesmal in grosser Auflage Faltblätter herausgegeben, die konkrete Hinweise zum Verhalten gegenüber der staatlichen Repression geben. «In welchem Kommissariat beziehungsweise Gefängnis finde ich meinen verhafteten Freund/Verwandten wieder?» — «Was kann ich tun, wenn ein Minderjähriger verhaftet wird?» — «Was ist nötig, um Ausschreitungen bei Presse und Behörden zu denunzieren?» — «Wie richtet man eine provisorische Erste-Hilfe-Station ein?» — «Was kann man gegen die Wirkung von Tränengasbomben tun?»... Solche Fragen werden dort besprochen. Die massenhafte Verteilung der Faltblätter in den Poblaciones soll wenigstens etwas Angst und Unsicherheit abbauen helfen.

Stell Dir mal vor, Willy, europäische Bischofskonferenzen würden etwas Ähnliches für die Friedensbewegung, für Häuserbesetzungen, AKW-Demonstrationen etc. herausgeben...

Die Basis ist zuverlässig

Die Arbeit der «Vicaria de la Solidaridad» und anderer Organisationen wäre unmöglich ohne die vielen Mitglieder von Basisgemeinden und christlichen Gruppen, die die biblische Befreiungsbotschaft konsequent in den Alltag der Poblaciones übersetzen.

Stellvertretend für sie alle möchte ich zum Schluss Martha zu Wort kommen lassen. Martha ist Präsidentin eines Komitees von Wohnungslosen. Ich treffe sie auf einem «campamento» (provisorische Zeltsiedlung), das zwei Tage zuvor durch eine «toma de terreno» (illegale Landnahme) begründet wurde. Gegen einen massiven Polizeieinsatz haben sich 5000 Familien (ca. 20'000 Personen) durchgesetzt und auf zwei Grundstükken mit ein paar Latten und Decken «Zelte» errichtet.

«*Es ist unser letztes Mittel*», sagt Martha. «*Die Behörden nehmen es einfach nicht ernst, wenn wir nicht auf Dauer mit zwei oder drei Familien in einer Hütte wohnen wollen, die schon für eine normale Familie zu eng wäre. Jetzt müssen sie reagieren; vorher wurden wir jahrelang vertröstet oder abgewimmelt.*»

Ich frage Martha, warum denn das «campamento» ausgerechnet «Mons. Fresno» genannt wurde. Martha erklärt:

«*Das war ein Beschluss der Delegierten der Campamento-Bezirke. Wir wollen einfach zeigen, dass die Kirche und ihr Bischof auf unserer Seite stehen müssen. Wir lassen nicht zu, dass die Kirche in eine Kirche für die Mächtigen und eine Kirche für die Armen gespalten wird.*

Die Kirche ist unser Haus, das Haus der Armen. Wenn wir uns nicht mehr in Pfarrsälen und Kirchen treffen könnten, um über unsere Probleme zu reden und Lösungen zu suchen, wo sollten wir dann hingehen? Die Kirche muss unser Haus bleiben.»

Lieber Willy, ich hoffe, dass meine bruchstückhaften Erzählungen Dir etwas von meinen Eindrücken vermitteln konnten. Gerade weil meine Erfahrungen mich wenig Positives für Chiles nächste Zukunft erwarten lassen, hoffe ich um so mehr, dass wir bei der Suche nach immer *neuen Wegen* der Solidarität mit diesem Volk weiter vorankommen.

Herzliche Grüsse
Dein Florian

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Reagans «drängende Wut»

Dass «die eigentlichen Rechtsbrecher und Chaoten diejenigen» sind, «die demnächst Pershing-2-Raketen stationieren wollen, und nicht diejenigen, die dieser Stationierung Widerstand leisten», dieser Satz in den letzten «Zeichen der Zeit» war kaum gedruckt, als er auch schon bestätigt wurde, wenngleich auf einem ganz andern Schauplatz: Mit ihrer Invasion auf Grenada demonstrierte die amerikanische Regierung vor aller Welt, dass sie das Völkerrecht nur solange respektiert, als dieses ihren Interessen nützt.

Nachdem am 25. Oktober 2000 amerikanische Fallschirmjäger und weitere 300 Alibisoldaten «aus sechs karibischen Demokratien» (Reagan) das Eiland von der Grösse des Kantons Nidwalden gestürmt hatten, markierte selbst die NZZ Distanz zum amerikanischen Präsidenten: «Reagan hat mit seiner Präventivaktion, die ohne Zweifel ein Rechtsbruch ist, das Spiel jener Propaganda erleichtert, die ihn als 'schiesswütig' und als globales Sicherheitsrisiko hinstellt» (29./30. Oktober). Uns religiösen Sozialisten geht es bei dieser Kritik an der US-Regierung freilich nicht um Propaganda, sondern um bittere Wahrheit, und auch nicht um Spiel, sondern um jenen Ernst, der allein der zunehmenden Bedrohung der Menschheit angemessen ist.

Das gebrochene Völkerrecht

Aus der Mottenkiste des 19. Jahrhunderts klaubte Reagan das Argument hervor, die Invasion hätte dem Schutz der amerikanischen Staatsbürger auf Grenada gedient. Er sah dabei geflissentlich über das heutige Völkerrecht hinweg, das solche Selbsthilfeaktionen nicht mehr zulässt. Hinzu kommt, dass die Fakten die Behauptung des US-Präsidenten widerlegen. Keinem Amerikaner wurde auch nur ein Haar gekrümmt. Noch am Tage vor der Invasion konnten US-Bürger ungehindert aus Grenada ausreisen. Wenn etwas das Leben dieser Menschen gefährdete, dann war es der alles andere als «brillante Feldzug» (Reagan), bei dem die US-Truppen eigene Einheiten beschossen und erst noch eine psychiatrische Klinik bombardierten.

Gleichzeitig verkündete Reagan die ganz neue, dem geltenden Völkerrecht Hohn sprechende Doktrin, dass der bewaffnete Angriff auf ein anderes Land auch zur Wiederherstellung der «De-